

In der Elektrowirtschaft gelten eigene Gesetze : die Methoden der Stromsparverhinderer

Autor(en): **Wiener, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lass die SP die besseren Antworten hat.

4. Inhaltlich sollte sich die SP als *Reformpartei* profilieren, d.h. als diejenige Partei, welche die Reform und die Modernisierung der Industriegesellschaft und des Staates auf die Fahnen geschrieben hat. Sie muss den Wählern gegenüber mit dem Anspruch auftreten, den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt in einen gesellschaftlichen Fortschritt umzuformen. Damit unterscheidet sich die SP sowohl vom bürgerlich-konservativen Lager, das sich gegen gesellschaftliche Veränderungen sträubt bzw. eindimensional die technisch-wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben

will, wie von den radikalen Linken, welche die Industriegesellschaft in einem utopischen Sprung «überwinden» wollen. Wenn es mit dieser Politik gelingt, Koalitionspartner zu gewinnen (kleinere Parteien, Umweltorganisationen, liberale Teile des Bürgertums usw.), wird damit ein weiterer Zweck erreicht – denn Mehrheiten kommen in der Schweiz nur durch Koalitionen zustande.

5. Gegenüber dem einzelnen Wähler liesse sich die Formel «Umformung des technisch-wirtschaftlichen Fortschrittes in gesellschaftlichen Fortschritt» eventuell unter dem Stichwort «mehr Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Freiheit für alle»

thematisieren. Damit liessen sich sowohl traditionelle wie neuere SP-Postulate erfassen:

- Arbeit und soziale Sicherheit als Voraussetzung persönlicher Freiheit
- Chancengleichheit
- freier Zugang für alle zu den natürlichen Lebensgrundlagen/Erhaltung der Umwelt für zukünftige Generationen
- mehr Zeitsouveränität, mehr Freizeit
- Förderung von Kultur und Bildung
- mehr Wettbewerb und Innovation in der Wirtschaft
- Reform von Gesetzen, welche die individuelle Freiheit einengen (Ebrecht usw.).

In der Elektrowirtschaft gelten eigene Gesetze

Die Methoden der Stromsparverhinderer

Von Daniel Wiener

Alle reden vom Stromsparen. Aber nicht alle, die davon reden, wollen, dass tatsächlich viel Energie gespart wird. Im Gegenteil, für sie ist das Wort Energiesparen ein täglicher Alptraum – auch wenn sie öffentlich das Gegenteil behaupten. Ihre Erfüllungsgehilfen finden sie in der Politik, in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Ihre Mittel sind nicht zimperlich, und Geld war bisher, dank der Geduld der Stromkonsumenten, auch immer vorhanden. Sie manipulieren Konsum, Forschung, und eben auch das Stromspargeschäft, das nicht ihr Geschäft ist. Daniel Wiener hat diesen Stromsparverhinderern in die gezinkten Karten geblickt und entblösst ihre ausgeklügelten Strategien.

Eben wurden wieder die Flaschen entkorkt, und ein guter Tropfen floss reichlich, um den brillanten Jahrgang 1985 gebührend zu begiessen. Die Stromsparverhinderer feierten Anfang Sommer ihre Erfolge mit beschwingten Bilanz-Presskonferenzen und Aktionärsversammlungen, stürmischer noch in den Hinterzimmern der Chefetagen: Potz Millionen! 4,1 Prozent mehr Elektrizität pumpen sie letztes Jahr in unsere Haushalte, Industrien und

Gewerbe, Landwirtschaft inbegriffen.

Im Geschäftsbericht – zum Beispiel der Aare Tessin AG für Elektrizität (Atel) – tönnte es dann etwas gesitteter: Von «positiver Entwicklung» des «Energiegeschäfts» schrieb Verwaltungsratspräsident Michael Kohn, von einer «erfreulichen» Umsatzsteigerung um 11 Prozent.

Eine ungeheuerliche Vorstellung: In einer Zeit, die seit Jahren geradezu geprägt ist vom öf-

fentlichen Bekenntnis zum Energie- und besonders zum Stromsparen, gelingt es den Strom-Moguln der Elektrizitätswirtschaft, teilweise zweistellige Zuwachsraten zu verbuchen. Da steckt eine Leistung dahinter, die gewürdigt sein will. Denn die raffinierte Verkaufs-Strategie, über Jahrzehnte entwickelt und ständig verfeinert, ist äusserst vielschichtig. Nur wer ihre sieben Grundpfeiler kennt, kann sich dagegen wehren.

1. Die Strategie der Verschwendung

Kein ehrlicher Strom-Mann wird es bestreiten: Noch heute ist es das erste Ziel jedes Elektrizitätswerks, möglichst viel Strom abzusetzen. Da besteht kein krasser Widerspruch gegenüber der offiziellen Stromspar-Politik. Diese beschränkt sich allerdings – zumindest auf

Bundesebene – meist auf die verbale Ebene, auf Vorträgli, Broschürli, Plakätli und Traktätli. Ganz anders die Elektro-Lobby: Mit Preisen macht sie Politik, mit Tarifen, die sie ganz allein bestimmt. Da gibt es Hochtarife (am Tag, wenn viel Strom verbraucht wird) und Niedertarife (nachts, wenn weniger fliesst), Mengenrabatte für Grosskunden und Strafen für Sparer. Hohe fixe Anschlussgebühren pro Raum und Quartal, unabhängig vom Stromkonsum, dafür niedrige Verbraucherpreise begünstigen die Verschwendung zusätzlich: Sparanreize fallen weg, wenn ein happiger Teil der Rechnung aus unbeeinflussbaren Grundtaxen besteht.

Jedes Elektrizitätswerk hat sein Revier. Und in diesem Gebiet schaltet und waltet es nach eigenem Gutdünken. Niemand kann das Elektrizitätswerk wechseln, wenn es ihm nicht passt. Coop statt Migros gibt es nicht. Es ist, als gäbe es für Lebensmittel nur Migros. Oder Coop. Oder Denner. Oder Liga. Und keine Bäckerei daneben. Monopolwirtschaft heisst das normalerweise. Die Elektrizitätswirtschaft sagt dem – ohne rot zu werden – «freie Marktwirtschaft» (worauf wir noch zurückkommen).

Die «freie Tarifgestaltung» im Monopolgebiet ist das A und O des Stromverkaufs. Geld ist die einzige Sprache, die wir Schweizer verstehen. Daher entscheidet auch das Portemonnaie, ob wir sparen oder verschwenden. Würden die Tarife etwa Grossverbraucher härter anfassen, die Stromverschleuderung in Schneekanonen, Elektro-Widerstandsheizungen, Freiluft-Schwimmbädern oder Shopping-Centern verunmöglichen, müssten die Elektrizitätswerke um ihre Zuwachsraten bangen.

Zu roten Köpfen und noch rötlichen Zahlen in den Geschäftsberichten könnte die Förderung

von Alternativenergie-Anlagen führen. Aber zum Glück kosten auch Windräder, Solarzellen und Biogas-Anlagen Geld und rentieren nur, wenn sie überschüssigen Strom zu kostendeckenden Preisen ins Netz einspeisen können.

Solange die Strom-Monopolisten aber privat erzeugte Energie nicht zu anständigen Preisen in ihr Netz aufnehmen, werden nie hunderte und tausende solcher Anlagen entstehen. Über das Leitungs-Monopol haben die Elektrizitätswerke die Strom-Alternativen fest im Griff. Die Zuwachsraten ihrer Verkäufe werden weiter wachsen.

Stromsparen ist in erster Linie ein Kampf gegen die Interessen der Stromverkäufer, gegen ihre Tarifpolitik und ihr Monopol. Um diesen «harten Kern» ihrer Strategie zu schützen, haben die Elektro-Barone aber eine ganze Serie von schwer durchschaubaren Begleitstrategien entwickelt, die ihr Hauptanliegen – den massenhaften Stromabsatz – verschleiern, beschönigen und verzerren.

2. Die Strategie des schlechten Gewissens

Wer hat nicht schon mal Michael Kohn, die schon zitierte Gallionsfigur der Stromsparverhinderer, jammern hören, es werde zu wenig Energie gespart. Vor und nach Tschernobyl ertönte das Klagelied, wurde er (und wurden andere) nicht müde zu betonen, dass Sparen das «erste Ziel» unserer Energiepolitik sein müsse. Wie reimen sich solche scheinheiligen Appelle auf die «erfreuliche» Entwicklung des Umsatzes der Elektrowirtschaft (Kohn sitzt nicht nur bei der Atel im Verwaltungsrat)? Denn entweder ist die Umsatzsteigerung oder der Sparerfolg «positiv», beides kann es unmöglich sein.

Des Rätsels Lösung: Sparappelle dienen im Rahmen einer Gesamtstrategie der Einschüchterung. Sie sollen beim Bürger Schuldgefühle wecken: Jetzt haben wir euch in unseren Anzeigen doch so schön vierfarbig aufgeklärt, in Broschüren für die dummen Hausfrauen gezeichnete Spartips fürs Kochen und Glätten verbreitet, unsere Politiker reden auch ständig davon – und jetzt kommt ihr undankbaren Stromkonsumenten und wollt trotzdem immer mehr Energie. Pfui! Da müssen wir halt leider wieder ein Atomkraftwerk aufstellen. Zur Strafe, ihr habt es nicht besser verdient. Was bleibt da dem schuld-bewussten Stromverbraucher anderes übrig, als brav ja zu sagen und die scheinbar selbst eingebrockte Suppe auch auszulöffeln.

Um dieser psychologisch geschickten Argumentation Nachdruck zu verleihen, gründete die Stromlobby gleich zwei spezielle Organisationen: die «Schweizerische Aktion Gemeinsinn für Energiesparen» (SAGES), die genau in diese Kerbe haut und das «Energieforum Schweiz», das der freisinnige Parteichef und Motor-Columbus-Verwaltungsrat Bruno Hunziker (AG) höchstpersönlich präsidiert. Das «Energieforum» zählt in seinen Reihen mit Stolz 140 atomfreundliche eidgenössische Parlamentarier.

Bisheriges «Hauptwerk» der vorwiegend bürgerlichen Vereinigung ist ein 700 000 Franken teurer «Werkzeugkasten» zum Thema «Energiesparen in der Gemeinde», der drei Wochen vor Tschernobyl der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der praktische Nutzen dieses Ratgebers wird von Fachleuten zwar angezweifelt, und die Erdöl- sowie die Kohleindustrie sind aus dem «Energieforum» ausgetreten. Das Ziel der Übung ist aber nicht das Sparen, sondern wiederum eine Schuldzuweisung: Der

schwarze Peter liegt jetzt bei den 3000 Gemeinden, denen zusammen mit allen sechs Millionen Stromverbrauchern ein allfälliges Versagen beim Sparen angehängt werden kann.

Damit will das «Energieforum» verhindern, dass Kantone und Bund das Energiesparen auf gesetzlichem Weg verordnen oder gar in die Tarifgestaltung der Elektrizitätswirtschaft eingreifen. Denn auch Hunzikers feiner Club weiss, dass Energiepreise und Anschlussbedingungen letztlich bestimmen, wieviel Strom der Konsument nachfragt. Und davon hängt der Bedarfsnachweis für weitere Kraftwerke ab.

Nach Tschernobyl läuft die Propaganda genau gleich weiter. Originalton gefällig? Manege frei für den Argumentations-Akrobaten Christoph Tromp, Informationschef der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK): «Im neun Kantone umfassenden Versorgungsgebiet der Nordostschweizerischen Kraftwerke mit zwei Millionen Bewohnern hat die Verbraucherzunahme beim Strom im Juni dieses Jahres 9 Prozent betragen; im Mai sind es 7 Prozent. Derart hohe Stromverbrauchs-Zuwachsraten liegen weit über allen Prognosen, sind sehr selten und können vor allem nicht mit der scheinbar weitverbreiteten Tschernobyl-Angst begründet werden. Der Verbraucher, der letztlich den Strombedarf und damit die Produktion bestimmt, hat sich in den beiden Nach-Tschernobyl-Monaten an der Steckdose deutlich für mehr, sogar für sehr viel mehr Strom ausgesprochen. Daran ändern auch Meinungsumfragen irgendwelcher interessierter Auftraggeber nichts, aus denen der Ausstieg aus der Kernenergie abgeleitet wird.»

Es lohnt sich, diese Aussage zwei Mal zu lesen. Sie strotzt vor Widersprüchen und ist zugleich entlarvend: Die Elektrizitäts-

wirtschaft möchte den demokratischen Urnengang ersetzen durch die Abstimmung an der Steckdose. Das wäre gleichbedeutend mit der Bankrotterklärung jeglicher Politik, mit dem Verzicht auf öffentliche Kontrolle der Elektrizitätswirtschaft. Und davon träumen die Strom-Fabrikanten.

Denn nichts fürchten sie mehr als die Einmischung der Öffentlichkeit in ihre «Privatsphäre». Der schrecklichste aller Schrecken wären für die Elektro-Promotoren «Basler Verhältnisse». Denn am Rheinknie ist die gefürchtete Einmischung Realität. Und das könnte Schule machen.

3. Die Strategie der Diffamierung

Wenn stramme Stammtisch-Runden im Atom-Dreieck zwischen Baden, Leibstadt und Gösgen die Basler bierselig verspotten und verhöhnen, weil sie sich gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst vor ihren Toren wehren, mag das ja noch angehen. Wenn aber rechtsstehende, mächtige eidgenössische Parlamentarier im Gleichklang mit dem Aargauer und Badener Tagblatt die Basler gezielt und kollektiv mit Attributen wie «uneidgenössisch», «unsolidarisch» oder gar «anarchistisch» überschütten, hat das tiefere Gründe. Wenn die Aargauer Regierung gar die Konzession für das Rheinkraftwerk Augst nicht mehr verlängert, kann das nicht nur mit dem Streit um Kaiseraugst zu tun haben.

Was machen die Basler falsch? Sie sparen Strom. Das ist ihr grösster Fehler. Sie beweisen, dass es sich auch ohne hohe Verbrauchs-Zuwachsraten gut leben lässt: Der Stromkonsum ist seit Jahren kaum mehr gestiegen! Das ist in der Tat unschweizerisch – und gefährlich, vielleicht sogar ansteckend? Da muss rechtzeitig und kollektiv

diffamiert werden, um eine Ausbreitung einer echten (und einfachen) Sparstrategie zu verhindern.

Niemand wird im Ernst behaupten (ausser vielleicht einige Basler), die Leute in der Nordwestecke seien gescheiter und bescheidener als die übrigen Schweizer und würden darum die vernünftigen Sparappelle besser befolgen. Was hier greift und zu Spareffekten geführt hat, die in gesamtschweizerischem Rahmen einem Michael Kohn schlaflose Nächte bereiten würden, sind handfeste Verbote (zum Beispiel von Aussenschwimmbad-Heizungen oder Infrarot-Strahlern im Freien) und strenge Beschränkungen (zum Beispiel für Klimaanlage und elektrische Widerstandsheizungen) in Kombination mit der Förderung von dezentraler, alternativer Stromerzeugung.

Die Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) steht dabei im Vordergrund. Eine WKK-Anlage erzeugt mit dem gleichen Treibstoff wie eine gewöhnliche Ölheizung sowohl Strom (mit Hilfe eines Generators) als auch Wärme. Dabei fällt meist viel mehr Strom an als im gleichen Haus auch verbraucht werden kann. Dieser Überschuss muss zu einem kostendeckenden Preis ins Netz eingespeist werden können, damit sich der Einbau der Anlage lohnt. Die staatlichen Industriellen Werke Basel (IWB) bezahlen für solchen Strom 11,5 Rappen pro Kilowattstunde im Hochtarif und 6 Rappen im Niedertarif. Und gerade im Winter, wenn der Elektrizitätsverbrauch am höchsten ist, liefern die WKK-Anlagen am meisten Energie.

Aus diesem Grund reagieren die Strom-Gewaltigen auch so gereizt auf die systematische Förderung der WKK-Idee durch Basel-Stadt. «Das wirtschaftlich nutzbare Potential aus WKK-Anlagen beträgt über 17 000 Gigawattstunden in einem durch-

schnittlichen Winterhalbjahr», sagte der Ingenieur und Basler SP-Nationalrat Alexander Euler im Parlament. «Das ist vier Mal mehr als das AKW Kaiseraugst im Winter produzieren könnte.» Eine Studie von den Büros Basler & Partner rechnet gar mit einem wirtschaftlich nutzbaren Potential von 19 000 Gigawattstunden. – Womit das Ende des Strom-Monopols besiegelt wäre. Denn die dezentrale Erzeugung mit WKK-Anlagen könnte bei einem Vollausbau 80 Prozent unseres gesamten Winterstrom-Bedarfs decken. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Atomkraftanteil am Winterverbrauch beträgt heute 30 Prozent.

4. Die Strategie der Macht

Dieses Monopol hat auch ein echt feinsinniger Freisinniger, der ehemalige Nationalrat Gilles Petitpierre (GE) im Visier. Schon vor der letzten Atomabstimmung deponierte er eine Motion in der grossen Kammer, mit der er die Schaffung eines eidgenössischen Elektrizitätswirtschafts-Gesetzes (EIWG) anregte. Dieses sollte unter anderem kostendeckende Rückkaufs-Preise für WKK-Strom ermöglichen. Bei der Elektrolobby heulten die Alarmsirenen auf. Sie befürchteten «Basler Verhältnisse».

Bundesrat Schlumpf hingegen blieb zunächst cool und gab der 21köpfigen Eidgenössischen Energiekommission (EEK) unter dem Vorsitz des Tessiner Staatsrates Fluvio Caccia den Auftrag, einen EIWG-Entwurf vorzulegen. Mit einem noch nie dagewesenen Personal- und Propaganda-Aufwand bearbeitete fortan die Strom-Lobby dieses Gremium, um ein solches Gesetz zu verhindern.

Normalerweise landet die Hochfinanz den ersten Tiefschlag gegen fortschrittliche Erlasse im Vernehmlassungsverfahren, in-

dem es seinen Einfluss auf Kantonsregierungen, Arbeitgeber-Organisationen und bürgerliche Parteien ausnützt. Angezählt werden gefährliche Paragraphen dann im Nationalrat, und das K.o. erfolgt im ständerätlichen Ring. Das EW-Gesetz war aber zu gefährlich und musste gebodigt werden, bevor es überhaupt in den Bundesrat gelangte.

Dieses Vorgehen – die Verhinderung eines Gesetzesentwurfs, der vom Bundesrat verlangt wird – ist einmalig in der jüngeren Bundesgeschichte. Gegen den Willen des Kommissionspräsidenten, der Vertreter der Erdölwirtschaft, der Gewerkschaften und der Umweltschützer würgte die Strom-Lobby jeden Versuch der EEK ab, zu einem gemeinsamen Entwurf für ein Elektrizitätswirtschafts-Gesetz zu kommen. Aufgrund seiner Versprechen vor der Atomabstimmung wehrte sich selbst Bundesrat Schlumpf wenn auch eher lustlos dafür – aber vergeblich.

Mit 12 zu 9 Stimmen beschloss die EEK im Frühjahr 1985, dem Bundesrat zu empfehlen, Volk und Parlament kein eidgenössisches Elektrizitätswirtschafts-Gesetz vorzulegen. Wortführer der Mehrheit waren der alte Bekannte Michael Kohn und der jetzt zurückgetretene VSE-Präsident Jörg Bucher. Zusammen mit EW-hörigen Kantons- und Hochschulvertretern, die in Elektro-Verwaltungsräten sitzen oder teilweise von Gutachten für die Elektrizitätswirtschaft leben, bodigten sie das Vorhaben.

Dass die Kantonsvertreter gegen ein Stromspargesetz Stellung nahmen, hat gute Gründe: Gemeinden und Kantone nehmen jährlich 200 bis 300 Millionen Franken an Steuern, Zinsen und Abgaben von der Elektrizitätswirtschaft ein. Und die insgesamt 168 Mitglieder kantonaler Regierungen verfügen zusam-

men – und das von Amtes wegen – über 149 Verwaltungsratsmandate in 48 verschiedenen grossen Elektrizitätswerken.

Vor Tschernobyl hörte der «Tages-Anzeiger» für das EIWG bereits die «Totenglocke läuten», obwohl die Landesregierung zum Bericht seiner Kommission bis heute noch nicht Stellung genommen hat. Allzu effizient hatten die Elektriker in den Vorzimmern von Bundesräten, in Ausschüssen, an Tagungen, in Verbandsvorständen und in Amtsstuben gegen das EIWG gewütet – stets höflich, aber dezidiert. Die Beerdigung war praktisch schon über die Bühne.

Möglicherweise kommt es aber als Folge des Reaktorunglücks, wenn der Bundesrat seinen Beschluss fasst, zu einer Auferstehung. Dafür wollen sich nicht nur die Kommissionsmitglieder der Umweltorganisationen, sondern auch die zwei Gewerkschafter, die Abgesandte des Konsumentinnenforums und – aus eher durchsichtigen Gründen – Baptist Gehr von der Erdölvereinigung stark machen. Schon wenige Monate nach Verabschiedung der Empfehlungen bekam der Bundesrat von dieser unterlegenen Minderheit einen eher aussergewöhnlichen Brief. Darin fahren die Kommissionsmitglieder, unter ihnen auch Präsident Caccia, der Elektrizitätswirtschaft hart an den Kahren und lassen ihrer Wut freien Lauf. Die Strom-Männer, so das Schreiben, verfolgten aus Brancheninteressen heraus eine aggressive Wachstums- und Expansionspolitik. Eine wirtschaftlich sinnvolle und ökologisch verantwortliche Stromsparpolitik müsse daher auf dem Gesetzesweg sichergestellt werden.

Ein solches Gesetz wäre allerdings der erste Fehlschlag des Macht-Kalküls der Elektrowirtschaft in der Schweiz. Aber Tschernobyl könnte hier die

Wende bringen. Darum müssen wir uns jetzt auf ganz massive Propaganda gefasst machen. Darin ist die Stromlobby mit ihren diversen Unter-Organisationen Meister. Von der «Schweizerischen Informationsstelle für Kernenergie» (SIK) über das Zürcher PR-Büro Farner und die «Informationsstelle für Elektrizität» (INFEL) bis zur «Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie» (SVA) rüsten sie zur Argumentationsschlacht. Die Stossrichtung zeichnet sich bereits ab.

5. Die Strategie der Halbwahrheiten

Mit welchen Argumenten gegen die Stilllegungs-Initiative der Sozialdemokratischen Partei gefochten werden wird, hat der sonst kritische, aber seit jeher atomfreundliche «Schweizer Beobachter» kompakt zusammengefasst: «Die Forderung, Kernkraftwerke sofort oder mittelfristig abzustellen, ist verständlich, aber unrealistisch. Vergessen wird, dass

- unsere Elektrizitätsgewinnung zu 40 Prozent, in einzelnen Landesteilen sogar zu 60 Prozent auf Kernkraft beruht;
- ein Verzicht auf 40 Prozent der Schlüsselenergie Elektrizität gleichzeitig Verzicht auf Arbeitsplätze, öffentlichen Verkehr und anderes in ähnlicher Grössenordnung bedeuten würde;
- sich derzeit Alternativen nur in Ansätzen anbieten, welche entstehende Versorgungslücken keinesfalls schliessen könnten;
- wieder vermehrt auf Kohle oder Öl umgestiegen werden müsste mit den bekannten Folgen für unsere Luft (Stichworte: Waldsterben, Treibhauseffekt, Gesundheit);
- die Sparmöglichkeiten, anders als bei Heizenergie, bei der Elektrizität leider recht bescheiden sind;

● der Verzicht auf schweizerische Kernkraftwerke uns letztlich zu Stromimporten aus ausländischen Kernkraftwerken zwingen würde; Sicherheitsdenken aber macht nicht halt vor Landesgrenzen, das zeigt Tschernobyl drastisch.»

Auf den ersten Blick scheinen diese Argumente – typisch «Beobachter» – alle vernünftig und einleuchtend. Sie entsprechen der Meinung der Stromwirtschaft, doch werden sie durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Sie lassen sich Punkt für Punkt widerlegen, da sie auf einer Strategie des Verschweigens, der Halbwahrheiten beruhen.

● Es stimmt zwar, dass 40 Prozent der Stromproduktion in der Schweiz aus Atomkraftwerken stammt. Davon wird aber ein grosser Teil exportiert. Die Atomkraftwerke Leibstadt und Mühleberg könnten zum Beispiel sofort abgestellt werden, ohne dass unsere nationale Strombilanz negativ würde. Effektiv hängt unsere Elektrizitätsversorgung im Winter zu 30 Prozent, im Sommer nur zu 5 Prozent vom Atomstrom ab. Diese aufs ganze Jahr gerechnet knapp 20 Prozent des gesamten Stromverbrauchs entsprechen 4 Prozent des Gesamtenergiebedarfs. Diese müssen beim Einstieg in den Ausstieg ersetzt werden.

● Ein Ersatz von 4 Prozent des Gesamtverbrauchs durch nicht nukleare Energieformen würde nicht Arbeitsplätze zerstören, sondern Arbeitsplätze schaffen. Der Energieplaner Conrad U. Brunner und der Geograph Ernst A. Müller haben 1986 nachgewiesen, dass in der Schweiz wirtschaftlich sinnvolle Stromspar-Investitionen für 10 Milliarden Franken möglich sind. Damit können fast 8000 Menschen während 25 Jahren ihr Brot verdienen. Kleine und mittlere, einheimische Betriebe würden profitieren: Ein Sparprogramm brächte ihnen nicht

nur Aufträge, sondern auch die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und auf dieser Basis neue Technologien, Produkte und Verfahren für den Export zu entwickeln. Für 10 Milliarden Franken gäbe es auch knapp zwei Atomkraftwerke, die aber vor allem kapitalintensiv sind (das heisst Zinsen für die Anleger abwerfen). Die Energie-Ausbeute der Spar-Variante wäre deutlich besser, langfristiger und ökologischer.

● Es gibt praktikable Alternativen, die sofort einsatzbereit sind wie die schon erwähnte Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) oder Sonnenkollektoren für die (heute oft stromabhängige) Warmwasser-Aufbereitung. Andere gilt es noch weiter zu fördern.

● Öl und Kohle sind keine Alternativen. Gerade die WKK könnte aber zu einem effizienteren Einsatz von Öl führen (statt nur heizen auch Strom erzeugen). Langfristig gehören auch Öl und Kohle wie alle nicht erneuerbaren Energiequellen auf den Abfallhaufen der Geschichte.

● Die Sparmöglichkeiten bei der Elektrizität sind – eine entsprechende Tarifpolitik vorausgesetzt – riesig und machen auch die angedrohten Importe überflüssig.

● Zunächst könnte ein Elektrizitätswirtschafts-Gesetz (EIWG) die Einführung einer neuen Generation von Haushaltgeräten – vom Kühlschrank über die Waschmaschine bis zum Elektroherd – vorschreiben. Diese heute schon weitgehend marktreifen, zum Teil schon im Laden erhältlichen Produkte brauchen bei gleicher Leistung 50 bis 80 Prozent weniger Strom als die heutigen Modelle. Allerdings sind sie etwas teurer. Da natürlich niemand gezwungen werden soll, sein altes Gerät durch ein neues zu ersetzen, sinkt der Verbrauch der Haushalte durch diese Massnah-

me nur allmählich, aber immerhin auf 50 Prozent des heutigen Standes bis zum Jahr 2006, wie Conrad U. Brunner in einer im Sommer 1986 abgeschlossenen Nationalfonds-Studie darlegt.

● Ein wichtiger Anreiz zum Sparen ginge von einer Anpassung der Stromtarife aus. Die Niedertarife im Winter müssten – so haben Experten errechnet – mindestens auf 80 Prozent der Hochtarife angehoben werden. Letztere müssten zwischen 20 und 30 Rappen pro Kilowattstunde liegen, womit auch kleine Windkraftwerke und Solarzellen für die Stromproduktion rentabel betrieben werden könnten, während die ökologisch unsinnigen Elektroheizungen nicht mehr zu bezahlen wären. Dafür könnten die Sommerpreise, entsprechend dem höheren Angebot und der kleineren Nachfrage, gegenüber den Winterpreisen gesenkt werden.

● Auch bei Verwaltungsgebäuden, die oft mit Strom gekühlt und geheizt werden, existiert ein riesiges Sparpotential, hat Conrad Brunner ermittelt. Höhere Tarife würden Anreize für die Erstellung von WKK-Anlagen und für den Gebrauch von Isolations-Techniken an Fenstern und Fassaden schaffen. Heute stehen zum Beispiel in Genf und Winterthur bereits Verwaltungsgebäude, die so gut isoliert sind, dass sie ohne Heizung und Klimaanlage auskommen – eine bahnbrechende Schweizer Erfindung.

● Das durchschnittliche Strom-Sparpotential von Industrieanlagen schätzt eine andere Schweizer Studie auf mindestens 30 bis 40 Prozent. Dabei spielt der Einsatz von Computern zur optimalen Steuerung des Energieverbrauchs eine zentrale Rolle.

● Zur Belegung des Wettbewerbs müssten die Elektrizitätswerke dazu gezwungen werden, ihre Netze für dezentral produzierten Strom zu öffnen und ko-

stendeckende Preise dafür zu bezahlen. Ein EIWG könnte sie auch verpflichten, gegen Bezahlung Strom zu transportieren, so dass verschiedene Verbraucher eine gemeinsame Selbstversorgung aufbauen könnten.

Brunners Studie kommt zusammenfassend zum Schluss, dass für die nächsten 25 Jahre ein Stromspar-Potential von 25 bis 30 Prozent drin liegt, wobei zum Beispiel die Auswirkungen eines verstärkten Einsatzes von Wärme-Kraft-Kopplung, von Holz, Wind oder Sonne in dieser Zahl nicht einmal inbegriffen sind.

Mit anderen Worten: Brunner ist der Nachweis gelungen, dass eine massive Reduktion des Stromverbrauchs bis hin zum Verzicht auf Atomkraft schon heute kein technisches, sondern nur noch ein politisches Problem ist. Da wird's den Stromsparverhinderern schlecht. Aber so schnell geben sie sich nicht geschlagen.

6. Die Strategie der Verhinderung von Alternativen

Um zu verhindern, dass die Bäume der Sparer und Sonnen-Anbeter zu sehr in den Himmel wachsen, haben sich die Atom-Lobbyisten noch andere, weit langfristige Strategien ausgedacht. Im Wissenschafts-Betrieb, der die Grundlage zum Ausstieg aus der Grosstechnologie liefern sollte, ziehen sie an (fast) allen Ecken und Enden die Fäden.

Die Energie-Forschungsgelder des Bundes werden noch heute – allen Warnungen von unabhängigen Fachleuten zum Trotz – mehrheitlich für die Atomtechnologie eingesetzt. Kernfusion und Kernspaltung beanspruchten 1985 65 Millionen Bundesfranken, während für alle übrigen Energieträger und für die Erforschung von Sparmöglichkeiten nur 53 Millionen aufgewendet wurden. Immerhin sind

die Verhältnisse besser als noch vor einem Jahrzehnt: Im Jahr 1977 zum Beispiel gab der Staat für Atomrecherchen (mit 38 Millionen) noch doppelt so viel aus wie für alle anderen Energieforschungs-Aufgaben zusammen. Letztere erhielten magere 16 Millionen Franken.

Diese Politik hat gravierende Folgen: Es werden weniger Fachleute für sanfte Technologien ausgebildet, während ein Heer von Atomwissenschaftlern entsteht, das beschäftigt werden will, in einem Atomkraftwerk oder an einer Hochschule. Das ist ein Prozess, der nicht so schnell zu stoppen ist, da zahlreiche Existenzen – und nicht die schäbigsten – von der Aufrechterhaltung einer Atomwirtschaft abhängig bleiben.

Dass so viele Bundesgelder für Atomforschung gebunden sind, hängt mit einem Geschenk zusammen, das die Elektrizitätswirtschaft in weiser Voraussicht dem Bund Anfang der 60er Jahre gemacht hat: Das heutige Eidgenössische Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen war ursprünglich ein privates Atomlabor. Dieses wurde in den 50er Jahren unter dem Namen Reaktor AG von den ersten Schweizer Atomtätern um Walter Boveri (BBC, Baden) gegründet. Später schenkten die Industriellen das Labor dem Bund, sicherten sich aber ein bedeutendes Mitspracherecht.

So verwundert es nicht, dass das EIR 1985 fast 60 Mannjahre allein für die Entwicklung neuer Atomreaktoren einsetzte, für ein «Projekt Solarwärme und Haustechnik» aber nur 9 Mannjahre übrig hatte.

Markus Heimlicher, Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie (SSES), war als ehemaliger EIR-Mitarbeiter an diesem Sonnenprojekt beteiligt. Dabei musste er erfahren, dass sich die Mitarbeiter zwar «alle für Sonnenenergie einsetzten», «auf höhe-

rer Ebene» aber immer wieder «Entscheidungen fielen, die unsere Arbeit behinderten». Es wurden vom atomfreundlichen Personalchef keine «selbständigen Macher», sondern nur «Duckmäuser» angestellt. Auch die Infrastruktur, die zur Verfügung stand, sei «mangelhaft» gewesen. Das habe mit dazu beigetragen, dass «viele gute Leute das EIR wieder verliessen». Heimlicher analysiert: «Ökologisches, vernetztes Denken ist den EIR-Leuten fremd, und der Einfluss der Sonnenenergie-Befürworter auf die Leitung ist zu schwach.»

Einschlauer Schachzugerlaubte der Energiewirtschaft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, als die Atomdiskussion einem ersten Höhepunkt zustrebte, die Kontrolle über die Energieforschung zu behalten. 1976 wollte der damalige Chef des heutigen Departements Schlumpf, Willi Ritschard, die Strom-, Gas- und Erdölwirtschaft auf politischem Weg dazu verpflichten, mit speziellen Abgaben die nationale Energieforschung mitzufinanzieren.

Husch husch wurde der Nationale Energieforschungs-Fonds (NEFF) ins Leben gerufen. Dieser stellte die von Ritschard geforderten 12 Millionen Franken «freiwillig» zur Verfügung, um auch in Zukunft selbst über die Forschungsprojekte zu entscheiden. Der Coup gelang und ist bis heute erfolgreich. Das NEFF erteilt munter Forschungsaufträge nach seinem Geschmack. Dazu der Physiker Theo Ginsburg, Dozent am Geographischen Institut der ETH Zürich: «Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass beispielsweise die Schweizerische Energiestiftung (SES) als kritische Organisation nie einen Forschungsbeitrag vom NEFF erhielt, obwohl sie in den letzten zehn Jahren rund fünfzehn Berichte über alternative Energiequellen und die anzu-

strebende Energiepolitik publiziert hat.»

Die Verhinderung von Alternativen funktioniert selbst im Kleinen, denn auch die Mini-Funktionäre wollen bei den grossen Firmen Karriere machen und profilieren sich entsprechend. So zum Beispiel der Direktor der Elektra Baselland (EBL), Klaus Peter Schäffer. Schäffer dessen EW für die Stromversorgung im oberen Basbiet zuständig ist, verpulverte Tausende von Franken für Propaganda gegen umweltfreundliche Wind- und Sonnenkraft. Und das in einem Kanton, der fast geschlossen gegen Atomenergie eingestellt ist.

Hauptziel von Schäffers Tiraden war im Frühsommer dieses Jahres das grösste Windkraftwerk mit Horizontalachse der Schweiz, das auf dem «Sool» bei Langenbruck seit vier Monaten in Betrieb steht.

Die von Schäffer abschätzig «Windmühle» genannte Anlage speist Energie ins EBL-Netz und produziert genug Strom für rund 10 Haushalte. 38 000 Haushalte versorgt hingegen die EBL.

Dennoch hat Schäffer Angst vor dem rotierenden Kleinkraftwerk. Er schießt aus allen Rohren gegen den ungeliebten Konkurrenten. Als das Windrad in der ersten Maiwoche der Presse vorgestellt wurde, registrierte die Liestaler EBL-Zentrale mit Unbehagen und Neid das «sehr breite Echo in den Zeitungen, im Radio und Fernsehen» (so die EBL).

Das passte Schäffer nicht ins Konzept. Er griff aber nicht etwa zum billigen Mittel des Leserbriefes, um seiner Frustration freien Lauf zu lassen. Auch sparte sich der eifrige Atomkraft-Promotor seine giftigen Bemerkungen nicht für die bevorstehende Delegiertenversammlung der EBL-Genossenschaft auf. Nein, ein Zirkular an alle «geschätzten Strombezüge-

rinnen und Strombezüger» mit der Überschrift «Richtigstellungen» musste es sein. Kostenpunkt für Druck, Verpackung und Versand: rund 15 000 Franken.

«Es wäre nett, wenn die EBL diesen Betrag in die dezentrale Stromproduktions-Anlagen investiert hätte», überlegt Robert Horbaty vom Ökozentrum Langenbruck. Sein Institut, das die Windanlage betreut, wird in Schäffers Schreibbrief mit demagogischen Argumenten überschüttet. So teilt die EBL mit: «Zwischen 11. April und 7. Mai 1986 hat der Windgenerator bloss 1 kWh Strom erzeugt, hingegen 15 kWh Elektrizität aus dem Netz bezogen.» Bewusst verschweigt Schäffer, dass die Anlage im Monat April neu in Betrieb genommen wurde und daher zahlreiche Testläufe absolvieren musste, die bei Windstille nur mit Netzstrom durchführbar waren.

Schäffer und Co. zum Trotz machen die Alternativen auch bei uns mächtig Fortschritte. Sind sie noch aufzuhalten?

7. Strategie der Angst

Wenn alle Stricke reissen, bleibt stets die mächtige Strategie der Angst. Sie hat in der Schweiz in Verbindung mit grossen Propaganda-Budgets noch immer verfangen. Gegen den UNO-Betritt ebenso wie gegen die Reichtumssteuer, gegen mehr Kulturausgaben, gegen Volkspensionen, gegen das Recht auf Bildung sogar. Warum nicht auch gegen die Kontrolle der Strom-Lieferanten?

Den Spruch mit den Arbeitsplätzen kennen wir schon. Doch noch schwerer wiegt die Gefahr der Systemveränderung. Denn die Elektrizitätswirtschaft ist in hohem Mass staatstragend, sagt sie von sich selbst: «Wir glauben an die freie Marktwirtschaft», verkündete etwa Peter Bucher von der Schweizerischen Verei-

nigung für Atomenergie (SVA). Das heisst: Wer gegen uns ist, ist ein Kommunist.

Noch weiter gingen die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) mit ihrem Glaubensbekenntnis während den hitzigen Atomdebatten der 70er Jahre, die sich jetzt nach Tschernobyl teilweise wiederholen. In einer Broschüre über das Atomkraftwerk Beznau wurden drei Möglichkeiten unserer Energie-Zukunft entworfen. Nur eine dieser drei Szenarien führt schnurstracks zur «freien Wirtschaft», nämlich der Bau von «acht oder mehr Kernkraftwerken von je 1000 Megawatt Leistung» (das sind noch sechs weitere nach Gösigen und Leibstadt, also Kaiseraugst (AG), Graben (BE), Rüthi (SG), Inwil (LU), Verbois (GE) und ein zweiter Reaktorblock in Leibstadt).

Schon bei der Beschränkung auf drei grosse Atomkraftwerke (also Gösigen, Leibstadt und Kaiseraugst) müsste – so die NOK – die «Planwirtschaft» eingeführt und ein «eher rückläufiger Lebensstandard» in Kauf genommen werden. Falls aber keine weiteren AKWs in Betrieb genommen werden, dro-

hen böse Folgen: «Wirtschaftskrisen, soziale Spannungen». Dazu kommt erst noch, dass nur ein forciertes AKW-Ausbau einen «Geburtenüberschuss wie bis anhin» erlauben würde. Sonst müsste dem verblüfften Schweizervolk, zusammen mit einem AKW-Baustopp im Ernst auch ein brücker Gebär-Stopp verordnet werden. NOK-Rezept: «Geburtenüberschuss Null ab heute».

Letztere (Männer-)Drohung appelliert wahrscheinlich an tief-sitzende Frauen-Ängste. «Keine Experimente mit der Volkswirtschaft!» Bei diesem Aufruf dachte SVA-Bucher wohl eher an die Männer. Man ersetze «Volkswirtschaft» durch «Elektrowirtschaft». Wenn diese nämlich lauthals vor der schrecklichen, kommunistischen Planwirtschaft warnt (wie jüngst wieder Rudolf von Werdt, BKW-Direktor, in der Neuen Zürcher Zeitung), dann will sie davon ablenken, dass sie selbst nichts anderes betreibt. Es ist die Politik, die Bundespolitik vor allem, die aus dieser Planwirtschaft eine Marktwirtschaft machen könnte. So paradox das klingen mag. Im Elektro-

Business kann in der Schweiz nur der Staat die Marktwirtschaft garantieren.

Jetzt, solange die Strom-Männer ihren Stoff noch relativ billig, zu «Aktionspreisen» beziehen, fördern sie den Absatz mit Lockvogel-Angeboten (zum Beispiel für Elektro-Heizungen). Wenn dann in einigen Jahren die vollen Kosten der teuren Atomenergie samt Abfallbeseitigung auf den Preis schlagen, wenn die Bergkantone für bisher günstige Wasserkraft mehr Zinsen verlangen (was ihr gutes Recht ist), dann können die Tarife beliebig angehoben werden. Wir sind dann auf hohem Verbrauchs-Niveau stromabhängig geworden, und es gibt kein Zurück mehr.

Heute ist vielleicht noch Zeit für den Entzug, für ein Umsteigen auf sanfte, dezentrale, lebensfreundliche Energien, weg von der tödlichen Droge Atomkraft, fort aus den Klauen der Dealer, die uns mit allen Mitteln in der Abhängigkeit halten wollen – nachdem wir jetzt schon so schön angefixt sind. Doch leider kam Tschernobyl dazwischen und öffnete uns die Augen – besser als jede Therapie.

Thesen zur Kulturarbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie

Wieder eine Hoffnung werden

Von Christian Götz

Christian Götz, geboren 1940, Mitglied im Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Seit etwa 25 Jahren ist Götz Mitglied der Gewerkschaften und der SPD.

I. Gravierende Defizite und Versäumnisse sind unübersehbar

Die Arbeiterbewegung war von Anfang an immer auch eine

Kultur- und Bildungsbewegung. Nicht zuletzt durch Offenheit, Kreativität und praktische Arbeit in diesen Bereichen sind wir gross geworden. Kultur und politische Kunst galten als unverzichtbare Kampfmittel, um langfristige Ziele und Tagesforderungen zu popularisieren. Angehörige der eigenen «Klasse» zu mobilisieren sowie Verbündete aus der intellektuellen und künstlerischen Szene zu gewinnen.

Misst man die *heutige* Praxis von Gewerkschaften und Sozialdemokraten an diesen historischen Erfahrungen, so sind gravierende Defizite unübersehbar.

II. Hervorragende Traditionen wurden vernachlässigt

Repäsentanten aus allen Lagern der Arbeiterbewegung, die die Nazi-Diktatur überlebt hatten, waren sich 1945 darüber einig,